

Die Linke als Friedenspartei

Es reicht nicht wenn wir als „Friedenspartei“ nur sagen Bundeswehr raus aus Afghanistan. Nicht weil etwa daran gewackelt werden soll, sondern weil es nicht weit genug geht!

Was ist mit Bundeswehr raus aus dem Libanon, aus Bosnien, dem Kosovo, dem Horn von Afrika zur Unterstützung von Enduring Freedom? Was ist mit europäische Truppen raus aus dem Irak?

Es reicht auch nicht wenn wir als „Friedenspartei“ nur sagen „keine Kampfeinsätze der Bundeswehr“. Dieses „Krieg nur ohne uns“ heißt ja ungesagt „solange die Bundeswehr nicht beteiligt ist können die Kriege um uns herum ruhig weitergehen“.

Als Friedenspartei brauchen wir Konzepte die über eine bloße „Nichtbeteiligung“ an Kriegen hinaus gehen!

Was wir in Deutschland und der EU einhellig und vehement fordern müssen ist die Auflösung aller ausländischen Militärbasen in Europa und den Abzug aller US Atomwaffen von unserem Kontinent. Das bedeutet auch gemeinsam mit unseren Freunden von der Polnischen und Tschechischen Linken gegen das amerikanisch Raketenabwehrsystem in diesen Ländern und auf Europäischem Boden zu kämpfen. Wir wollen ein Europa, das Wettrüsten ablehnt, konsequente Abrüstung und Rüstungskonversion anstrebt und dafür Verantwortung übernimmt, ein Europa in politischer Unabhängigkeit von den USA, das zur Überwindung des Denkens in politischen und militärischen Blöcken beiträgt. Wir lehnen jede Teilnahme Deutscher und europäischer Streitkräfte an militärischen Interventionen strikt ab.

Die NATO, deren eigentlicher Zweck längst überholt ist steht der Entwicklung einer neuen gesamteuropäischen Friedensordnung entgegen. Daher fordern wir die Bundesregierung und alle Völker Europas auf, dieses Militärbündnis aufzulösen. Stattdessen setzen wir auf eine deutliche Stärkung und Demokratisierung der UNO und eine Revitalisierung der OSZE, internationale Kooperation, kollektive Sicherheitssysteme wie die EU es ist, oder auch Lateinamerika, Interessenausgleich statt militärischer Konfrontation, Gemeinsame Sicherheitskonzepte auch mit Einbindung des Iran, der aufrüstet, weil er sich bedroht fühlt, Atomwaffenfreie Zonen – angefangen mit Nah- und Mittelost, Europa...

Wir wollen aber auch den Rückzug aller amerikanischen, und anderen ausländischen Truppen aus dem Irak und Afghanistan, eine ausgeglichene und neutral das Völkerrecht vertretende, dafür aber unbewaffnete UNIFIL Mission und wir sagen nein zu einem möglichen Militärschlag gegen den Iran. Es ist Zeit, für Frieden und die Rechte der Völker zu handeln – besonders im Nahen Osten. Der Entwicklung, dass Krieg wieder zum Mittel der Politik geworden ist zur Durchsetzung der Interessen der Industrienationen müssen wir vehement entgegenwirken und da reicht es nicht, dass wir nur sagen bei diesen Kriegen machen wir nicht mit!

Zuerst kommt eine gesteigerte, von Bedingungen wie Freihandel oder Marktöffnung freie Entwicklungshilfe auch als Prävention bewaffneter Konflikte. Dann aber stehen wir für zivile Konfliktlösungsmöglichkeiten.

Natürlich reicht, um diese Konzepte umzusetzen die nationale Ebene nicht aus, sondern wir müssen zusammen mit anderen europäischen Linken Parteien und im europäischen Parlament für unsere Konzepte kämpfen. Dazu ist es nötig die Demokratisierung der Europäischen Union voran zu bringen, eine politische Union anzustreben aber die Entwicklung hin zu einem weiteren Imperialen Akteur umzukehren...

Die Friedenspolitik der Linken sollte von einem starken Eintreten für Selbstbestimmung, Freiheit, Menschen- und Völkerrecht geprägt sein, ohne Tabus und mit völliger Gleichheit aller Staaten und

Regierungen vor dem Völkerrecht. Verschleppungen, geheime Gefängnisse, Folter, Völkermord, Landannexionen, Angriffs- und völkerrechtswidrige Interventionskriege sind weltweit zu ächten. Die die EU (eventuell durch eine zu revitalisierende OSZE) aber auch die UN haben die Aufgabe alle diplomatischen, zivilen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Lösung von Konflikten zu nutzen. Neue Ansätze zur Konfliktlösung und Durchsetzung des Völkerrechts sind zu entwickeln.

Es ist das Ziel der Charta der Vereinten Nationen, eine Welt des Friedens zu erreichen, daher sollten wir uns auch für eine weitere Stärkung und Demokratisierung der UNO einsetzen. Die Vollversammlung braucht mehr Rechte gegenüber den Ansprüchen von 5 Welt- und Großmächten, einhergehend mit einer Umstrukturierung des Sicherheitsrats (z.B. komplettes Rotationssystem) die eine gleichberechtigte Teilhabe aller 191 Staaten an den Entscheidungen der UN gewährleisten muß.

Eine Entscheidung über deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Art. VII der UN Charta (robuste Einsätze), ist erst nach einer Reform der UN zu treffen. Auch dann dürfen UN-mandatierte Militäreinsätze nur die letzte Möglichkeit bei der Durchsetzung von Menschen- und Völkerrecht sein, wenn zuvor alle zivilen und diplomatischen Möglichkeiten zur Lösung des Konflikts ausgeschöpft wurden. Beteiligungen daran müssen abhängig gemacht werden von einer allgemeinen Stärkung des Völkerrechts. So entsteht eine Einflussmöglichkeit auf die friedliche Entwicklung in der Welt, Weg von Krieg als Mittel der Politik, weg von dem Signal nicht die Gerechtigkeit und das Völkerrecht sondern der stärkste hat Recht. Jeden Tag an dem völkerrechtswidrige Interventionen der NATO oder der USA geduldet werden wird das Völkerrecht unterhöhlt und sein Bruch zum Gewohnheitsrecht. Damit muß Schluß sein! Internationales Eintreten für Frieden, Selbstbestimmung, Freiheit und friedliche Vermittlung von Konflikten bedeutet die beste Möglichkeit nationaler und internationaler Sicherheit und gleichzeitig weniger „sparen“ an den sozialen Systemen.

Es muss bewusst gemacht und in praktische Aktion umgesetzt werden, dass viele anstehende Aufgaben im Kampf um linke Alternativen nur noch durch Europa-weite Zusammenarbeit, internationale Koordinierung und Aktion gelöst werden können.

DIE LINKE soll nicht nur Mitglied in einer Internationalen sein, sondern mehr als bisher üblich verantwortlich an Konzepten und Aktionen mitarbeiten, die über den nationalen Rahmen hinaus gehen. Neben FunktionsträgerInnen die auf diesem Gebiet tätig sind, sollte die internationale Zusammenarbeit von sehr vielen Mitgliedern aktiv mitgetragen werden.